

Analyse

Die systemkonforme russische Rechte: Ideologie und Einfluss

Jan Brüning, Bremen

Zusammenfassung

In der russischen Politik stellen rechte Strömungen seit langem eine relevante Größe dar. Neben den »Liberaldemokraten« Shirinowskijs, den kruden Theorien Alexander Dugins und den Neonazis in vielen russischen Städten spielt eine rechte Bewegung eine Rolle, die sich phasenweise auch als Partei etablieren konnte. Diese Bewegung formierte sich zunächst im »Kongress der russischen Gemeinden« und suchte sich dann mit den Projekten »Heimat« und »Großrussland« im politischen System zu etablieren. Die Vorstellungswelt dieser Bewegung war von der Idee bestimmt, dass man Russland wesensfremde Einflüsse wie westliche Demokratieformen zurückdrängen und durch russische Elemente ersetzen müsse. Trotz des zweifellos großen Einflusses, den sowohl die extreme wie die systemkonforme Rechte in Russland mittlerweile besitzt, kann man nicht davon ausgehen, dass die offizielle Ideologie bzw. das offizielle Identitätsangebot von den Konzepten der Rechten bestimmt wird. Vielmehr zeigen sich große Unterschiede zwischen der Rechten und dem offiziellen Russland im Hinblick auf die Frage nach einer eigenständigen Zivilisation, der Zugehörigkeit zu Europa, dem Verhältnis von Russen zu Russländern und der Wiederherstellung des Imperiums.

Die systemkonforme Rechte

In den vergangenen Jahren ist die russische Rechte häufig auf Neonazis und die kruden Ansichten des Neoeurasiers Alexander Dugin reduziert worden. Neben dieser Rechten hat sich jedoch eine andere, zwischen den Neonazis und der offiziellen Politik angesiedelte nationalistische Strömung im politischen System etabliert. Ihr ist bislang wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Diese systemkonforme Rechte versucht ihre Ideologie in der Politik zu verankern und die Entwicklung einer russischen (nicht russländischen) Identität in ihrem Sinne zu beeinflussen.¹ Dies ist bislang nur bedingt gelungen, gerade die vom Kreml-Ideologen und stellvertretendem Leiter der Präsidialadministration Wladislaw Surkow bedeutsame Doktrin der Souveränen Demokratie unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den Ansichten der systemkonformen Rechten.

Der »Kongress der russischen Gemeinden«

Ihren Anfang genommen hat die Entwicklung der oppositionellen, aber bereits zu Beginn an einer politischen Mitgestaltung interessierten und daher systemkonformen Rechten mit der Gründung des *Kongress russkich obschtschin* (Kongress der russischen Gemeinden, KRO) im März 1993. Zu dem Zeitpunkt stand bei der politischen Arbeit noch der Schutz der Russen im sogenannten »Nahen Ausland« – d. h. im postsowjetischen Raum

– im Vordergrund. Dieses »Nahe Ausland« ist 1994 vom Mitgründer und heutigen Botschafter Russlands bei der NATO Dmitrij Rogosin auch als »äußeres Russland« bezeichnet worden, womit er einen ersten Hinweis auf die zukünftige imperialistisch-nationalistische Entwicklung der Organisation gegeben hat.

Mit einer Führungstroika aus Alexander Lebed, Jurij Skokow und Sergej Glasjew ist der KRO zu den Dumawahlen 1995 angetreten, konnte aber entgegen der Prognosen nicht die zum Einzug ins Parlament nötige Stimmenzahl erringen. Ursächlich für die Niederlage waren das indifferente linkspatriotische Parteiprofil und der im Gegensatz zu seinem Konkurrenten Wladimir Shirinowski farblose bürokratische Jurij Skokow gegeben. Folge dieser Wahlniederlage war der Rückzug der gemäßigten Kräfte im KRO. Gleichzeitig drohte ihm der Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit. Um diesem entgegen zu wirken, trat er dem Parteibündnis *Otetschestwo* (Vaterland) bei. Nach Differenzen zwischen Rogosin und dem Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow ist aber auch dieses Bündnis zerbrochen und der KRO musste bei den Dumawahlen 1999 eine herbe Niederlage erleiden. Rogosin immerhin konnte beide Male ein Direktmandat im Gebiet Woronesch erringen.

Mit der Unterstützung von Wladimir Putin bei der Präsidentschaftswahl 2000 stiegen der KRO und Rogosin in die politische Elite Russlands auf. In dieser Zeit hat sich ihre nationalistische Rhetorik etwas gemäßigt, die vertretenen Positionen sind jedoch gleich geblieben. Im Zentrum stand auch weiterhin die Lösung der sogenannten »Russischen Frage«, worunter insbesondere

¹ »Russisch« bezieht sich auf Russen als ethnische Gruppe, »russländisch« auf Russland als Staatsgebilde und seine Bevölkerung, die neben Russen auch andere Ethnien (Ukrainer, Tataren, Baschkiren, Tschuwaschen usw.) umschließt.

ein Ende der Diskriminierung der russischen Mehrheit durch die ethnischen Minderheiten und die Wiederherstellung der »historischen Natürlichkeiten« des russischen Territoriums verstanden worden ist. Trotzdem ist Rogosin 2002 zum Sonderbeauftragten des Präsidenten für Kaliningrad ernannt worden.

Das Politprojekt »Heimat«

Zu den Dumawahlen 2003 trat der KRO im Wahlblock *Rodina* (Heimat) an und erreichte aus dem Stand 9,02 % der Wählerstimmen. Dass der Block vom Kreml unterstützt worden ist liegt nahe, da das linkspatriotische Wahlprogramm vor allem auf potentielle Wähler der Kommunisten und Nationalisten bzw. Patrioten zugeschnitten war. Gleichwohl gab es bei der Wahl und 2005 folgenden Regionalwahlen auch Wählerwanderungen von »Einiges Russland« (ER) zu »Heimat«. Dies und Gedankenspielen von Kommunisten und »Heimat« über eine mögliche Koalition haben aber auch das Ende des Wahlblocks eingeläutet. Denn eine Koalition aus »Heimat« und KPRF hätte bei den Regionalwahlen in den Gebieten Woronesch, Rjasan und Wolgograd jeweils mehr Stimmen in die Waagschale werfen können als »Einiges Russland«. Zudem hätte ein durch eine linkspatriotische bzw. -nationalistische Koalition unterstützter, junger und agiler Präsidentschaftskandidat Dmitrij Rogosin das »Nachfolgeproblem« 2008 zu einem tatsächlichen Problem werden lassen können. Eine Kandidatur hatte er nie ausgeschlossen.

Als Reaktion darauf ist diese nunmehr wenig kontrollierbare »Heimat« von den Wahlen zur Moskauer Stadtduma 2005 ausgeschlossen worden, offizieller Grund war ein fremdenfeindlicher Wahlspot. Aus formalen Gründen konnte sie auch an den ein Jahr später stattfindenden Regionalwahlen nicht teilnehmen. Den Schlusspunkt unter diese Entwicklung setzte ihre Überführung in die kremlfreundliche Partei »Gerechtes Russland«. Allerdings war dies mehr eine strukturelle Eingliederung, ein Großteil der Mitglieder ist diesen Weg nicht mitgegangen.

»Großrussland«

In der Folge konnte sich die systemkonforme Rechte neu formieren. Dazu wurde einerseits unter dem Titel »Heimat«.KRO der Kongress der russischen Gemeinschaften im Dezember 2006 wiederbelebt und andererseits fünf Monate später gemeinsam mit der »Bewegung gegen illegale Einwanderung« (DPNI) die Partei *Welikaja Rossija* (Großrussland) gegründet. Angeblich hätte sie bei den Dumawahlen 2007 eine Unterstützung von 22 % potenzieller Wähler erwarten können, aus forma-

len Gründen wurde sie jedoch auch hier nicht zugelassen. Dabei war bereits auf eine hervorgehobene Rolle Rogosins verzichtet worden, den Parteivorsitz hat der radikalere Andrej Saweljow übernommen. Rogosin ist dort aber weiterhin aktiv.

Auch inhaltlich haben sich »Heimat«.KRO und *Welikaja Rossija* der DPNI angenähert, gemeinsame Schwerpunkte sind der Kampf gegen (illegale) Migranten und das Ziel, die Russen besser vor einer Unterdrückung durch Minderheiten zu schützen. Folgerichtig war »Heimat«.KRO gemeinsam mit der DPNI auch im Organisationskomitee des später in Moskau verbotenen *Russkij marsch 2006* vertreten. Von offizieller Seite begründet worden ist das Verbot mit Zweifeln an einer ordnungsgemäßen Durchführung der Demonstration (medizinische Versorgung, Sicherheit). Der tatsächliche Grund ist jedoch wohl in den Unruhen in Kondopoga zu finden. Im karelischen Städtchen Kondopoga war es im September 2006 nach einer unpolitischen Schlägerei zu Unruhen zwischen »Russenen« und »Kaukasiern« gekommen, in deren Verlauf es zu zahlreichen Brandanschlägen und Übergriffen auf mutmaßliche Kaukasier gekommen ist. Angestachelt worden sind diese Vorkommnisse von der DPNI und ihren Führer Alexander Below (eigentlich: Potkin), die noch bevor das ursprüngliche Ereignis in den Medien präsent gewesen ist zur Fahrt nach Kondopoga und dem Schutz der russischen Bürger aufgerufen hatten. Eine ähnlich brisante Situation hatte die Stadtverwaltung für Moskau wohl nicht zu Unrecht befürchtet, nur dass solche Unruhen dann in weitaus größerem Maßstab stattgefunden hätten.

Ideologie für ein zukünftiges Russland

So wie sich seit Beginn der 1990er Jahre der KRO als Organisation aufrecht erhalten hat, so ist mit leichten Modifikationen auch das politische Programm gleich geblieben. Geändert haben sich jedoch die Zielgruppe und die Breite des Programms.

Das zwischen 1994 und 1996 veröffentlichte »Manifest der Wiedergeburt Russlands« ist als interne ideologische Grundlage anzusehen. Der Anspruch der »Russischen Doktrin« mit einer Gesamtauflage von 10.000 Exemplaren in nur zwei Jahren ist wesentlich weiter gefasst. Mit ihr sollen der Rechten argumentative Hilfestellungen gegeben und Staat, Kirche und Gesellschaft beeinflusst und in die rechte Richtung gelenkt werden. Gedacht ist sie als ideologische Leitlinie eines zukünftigen Russlands. Dazu passt, dass eine Präsentation der Doktrin am 20. August 2007 im Danilow-Kloster im Beisein des Metropoliten Kirill von Smolensk und Kaliningrad, dem heutigen Patriarchen, statt-

gefunden hat. Zusammengefasst ist diese Ideologie von ihnen als Dynamischer Konservatismus bezeichnet worden, der die Verbindung von Tradition und Zivilisation erneuern soll, ohne die russische Identität zu verlieren. Die begriffliche Nähe zur Konservativen Revolution der Weimarer Republik ist bewusst gewählt, wobei der Dynamische Konservatismus keine Revolution, sondern eine prozesshafte Umgestaltung des Staates anstrebt. Damit einher geht auch eine Verbindung zur europäischen Neuen Rechten.

Basis der Doktrin ist das Gefühl, dass Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion seine Souveränität verloren und sich in eine »freiwillige Geiselhaft des Westens« begeben habe. Aus ihr auszubrechen und die »Selbstherrschaft« wieder herzustellen ist das übergreifende Ziel.

Möglich soll dies sein, indem wesensfremde Einflüsse wie westliche Demokratieformen zurückgedrängt und durch russische Elemente ersetzt werden. So wäre in einem zukünftigen politischen System eine Triade aus Demokratie, Aristokratie und Autokratie vorgesehen. Diese »traditionelle russischen Demokratie« bestünde aus einer Elite, der Aristokratie, die das Staatsoberhaupt (das autokratische Element) auswählt und hätte mit einer modernen Demokratie nichts gemein. Gewaltenteilung oder eine Kontrolle der Staatsorgane ist nicht vorgesehen und wird auch nicht als nötig erachtet, da das Volk als eine Einheit angesehen wird, in der Partikularinteressen nicht zählen. Letztendlich geht es um die Einführung einer durch den vorgeblichen »Volkswillen« legitimierten Diktatur.

Kirche, Erneuerung des russischen Imperiums und demographische Krise

Zur Wiederherstellung der Souveränität zählt auch die Erneuerung des russischen Imperiums. Dies bringt jedoch ein Problem mit sich, welches sich auch im heutigen Russland stellt: Wie kann russischer Nationalismus mit einer multiethnischen Gemeinschaft in Einklang gebracht werden? Unter dem in der Doktrin entwickelten Begriff des *swerchnazionalism* (etwa: Übernational-Nationalismus, übernationaler Nationalismus) wird die russische Vorherrschaft bei gleichzeitiger Gleichberechtigung anderer Ethnien verstanden. Aufgrund der imperialen und kulturellen Tradition Großrusslands hätten sich unter anderem die Weißrussen und Ukrainer, aber auch kleinere Völker, ihm zugehörig gefühlt. Daraus wird die Legitimation für die Wiederherstellung des Historischen Russlands abgeleitet. Russland hätte ein »moralisches und historisches Recht«, sich mit Teilen Estlands und Lettlands, Weißrussland, der Ukraine und

Kasachstan zu vereinigen. Staaten, die sich dem widersetzen und sich somit Russland gegenüber feindlich verhalten würden, sollten massiv unter Druck gesetzt werden. »Feindliches Verhalten« wird auch in der Negation russischer Gebietsansprüche und der Abwendung »historisch russischer« Gebiete gen Westen gesehen. International wird gerade der islamischen Welt eine besondere Bedeutung zugemessen, da auch sie vom Westen unter Druck gesetzt würde. Mit ihr soll eine »alternative Globalisierung« geschaffen werden, in der traditionelle Werte und die Nation über allem stehen würden. Europa wird kaum Relevanz zugemessen.

Ein wesentlicher Punkt ist die Bewahrung der nationalen Identität, in der gerade der Orthodoxie eine besondere Bedeutung besitzt. Wie aber kann der Orthodoxie zu einer Rolle verholfen werden, die bestimmend ist und gleichzeitig den »traditionellen Religionen« einen angemessenen Platz zugewiesen werden? Auch auf diese Frage fehlt, ähnlich wie im Verhältnis zu den kleineren Ethnien, eine eindeutige Antwort und vor allem Lösung.

Die Kirche solle, so die Forderung, zu einer »geistigen, moralischen und politischen Konsolidierung« beitragen. Angestrebt wird ein konfessioneller Staat, für den Israel, Thailand und Jordanien als Vorbilder dienen. Daher soll, wer die Kirche verspottet, auch für ein politisches Verbrechen gegen Staat und Nation belangt werden. Die Orthodoxie wird hier nicht als Konfession im westlichen Sinne, sondern als Kern der russischen Staatlichkeit und Tradition verstanden, die Schnittpunkte mit dem Islam werden als größer als der gemeinsame Gott der Christen gesehen.

Als ein drängendes Problem wird die negative demographische Entwicklung Russlands empfunden. Die sich abzeichnenden Folgen einer schrumpfenden Gesellschaft müssen auch im Verständnis der Rechten zwangsläufig durch Migration abgemildert werden. Migranten würden jedoch gleichzeitig eine Bedrohung der russischen Identität darstellen. Zudem würden sich insbesondere Einwanderer aus dem Kaukasus häufig in »ethnisch dominierten kriminellen Clans« zusammenschließen, womit ihr volkswirtschaftlicher Vorteil als billige Arbeitskräfte zunichte gemacht wäre. Um diese beiden negativen Aspekte weitestmöglich auszublenden wird die Einführung einer sogenannten »Migrationsmembran« angestrebt. Über sie sollen erwünschte von unerwünschten Migranten herausgefiltert werden. Im Ausland lebende Russen, Bürger der ehemaligen Sowjetunion und Menschen aus Teilen Zentralasiens, China, Vietnam und Korea sind, abgestuft, erwünscht. Unerwünscht sind dabei diejenigen, die keine kulturelle Beziehung zu Russland hätten und sich nicht integra-

tionswillig zeigen würden. Von ihnen ginge kein Nutzen, sondern nur Schaden aus.

Zwar hat sich diese systemkonforme Rechte in ihrer Ideologie des Dynamischen Konservatismus zur Demokratie bekannt, nimmt man diese jedoch genauer unter die Lupe, dann bleibt davon wenig übrig. Vielmehr würden in der angestrebten »Demokratie russischen Typs« die meisten demokratischen Elemente eliminiert und eine gleichberechtigte Existenz für alle in Russland lebenden Völker und Religionen abgelehnt. Maßgebend für Russland müssen die Russen sein, alles andere wird als Diskriminierung angesehen. Dies auch deshalb, da Russland eine eigenständige Zivilisation sei und über den europäischen und anderen innerrussischen Kulturen stünde. Während dies unter der Prämisse einer wiederzugewinnenden Souveränität steht, so wird jene gerade den russländischen Nachbarländern abgesprochen: Ein Teil (z. B. die Ukraine) könne sich nicht vom Ganzen (dem Historischen Russland) abspalten, da das Recht der Mehrheit in ihm größer ist als das der Minderheit. Nach dieser Argumentation wäre eine Expansion legitim.

Die aufgeführten Ansichten haben sich seit Mitte der 1990er Jahre entwickelt, wobei in diesem Teil der Rechten ein biologischer Rassismus erst mit dem Zusammengehen mit der DPNI und neonazistischen Gruppen teilweise Fuß fassen können. Offizielle Position in *Velikaja Rossija* oder »Heimat«. KRO ist er nicht. Er ist zu radikal, um Mehrheiten in der Bevölkerung und der Politik erreichen zu können, wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden wird.

Der Einfluss auf offizielle Politik

Dabei schien das vor den Dumawahlen im Februar 2007 von »Einiges Russland« gestartete »Russisches Projekt« in genau die Richtung zu weisen. In zehn thesenhaft formulierten Punkten, die ähnlich auch von der DPNI hätten erstellt werden können (in diesem Fall hat es wohl auch eine Zusammenarbeit mit ihr gegeben), sollte der Frage nachgegangen werden, wer und was Russland eigentlich ist. Beantwortet worden sind Fragen wie »Russland den Russen?«, »Die russische Welt. Territorium und Grenzen« oder »Nationalismus als Ideologie« bis zum Ende des Projekts nicht.

Bemerkenswert ist dabei, dass nicht die Rede von »Russländern«, sondern von »Russen« gewesen ist. Begründet worden ist diese im Gegensatz zum offiziellen Sprachgebrauch stehende Formulierung mit einem argumentativen Spagat: Russland sei ein russisch geprägtes Land, aber eben ein multinationales russisches Land, in dem die Russen zahlenmäßig übermächtig und damit kulturell prägend seien. Auch diese Begründung hätte

von der systemkonformen Rechten kommen können. Im Verzicht auf eine ausländerfeindliche Rhetorik hat sich das Projekt wiederum von der DPNI unterschieden. Doch bei aller Rechtslastigkeit dieses Projekts lässt es sich nicht als Beleg für einen allgemeinen Rechtsschwenk von »Einiges Russland« verwenden. Dazu ist es argumentativ zu schwach und keine der in der Partei relevanten Personen hat sich in Grundsatzartikeln oder -reden auf das Projekt bezogen. Vor allem aber ist es kurz nach den Wahlen eingestellt worden. Mit ihm sollten wohl ein nationalistisches Wählerpotenzial an die Kreml-Partei gebunden werden.

Auch Wladislaw Surkows Doktrin der »Souveränen Demokratie« bietet kaum Anhaltspunkte dafür, dass das Weltbild des offiziellen Russland durch rechte Positionen beeinflusst ist. Zwar ist sein Ansatz, Russland zu mehr Eigenständigkeit zu verhelfen und dem Land eine neue Ideologie bzw. Identität zu geben, nicht weit von dem der Rechten entfernt. Ebenso scheint die These von einem russländischen demokratischen Sonderweg in diese Richtung zu deuten. Für ihn geht es jedoch nicht darum, die Demokratie abzuschaffen, sondern russländische Spezifika in sie einzubauen. Sie werden von ihm zwar nicht näher definiert, das Ziel dieser russländischen Demokratie ist aber ein souveränes Russland. Alle in Russland lebenden Völker werden von ihm als integraler Bestandteil des Landes angesehen. Denn auch wenn die Russen der die Entwicklung bestimmende Faktor seien, so sei die Geschichte des Landes ohne die anderen Ethnien nicht denkbar. Ein ethnisch begründeter Nationalismus wird abgelehnt, da er einerseits der politischen Kultur widersprechen würde und andererseits in letzter Konsequenz gerade von russischer Seite nicht ein Großrussland, sondern eine kleine Russische Republik in den Grenzen des frühen Moskauer Zarenreiches zur Folge hätte. Er sieht alle Bürger und Völker Russlands in einer russländischen Nation vereint.

Ein besonderer Gegensatz zu den Ansichten der Rechten ist in seinen Überlegungen zu Europa bzw. der Frage nach einer eigenständigen russischen oder russländischen Zivilisation zu finden. Seiner Meinung nach ist Russland Teil der europäischen Kultur und Geschichte. Die Theorie von einer eigenständigen Zivilisation wird von ihm abgelehnt. Russland solle sich nicht von Europa abwenden, es aber auch nicht unnötig idealisieren. Ihm schwebt ein Russland vor, dass in Europa als Partner akzeptiert wird. Divergierende Interessen sollen dabei nicht als Aggression Russlands, sondern als Ausdruck russländischer Souveränität wahrgenommen werden. Fehlende Interessenkonflikte sprechen nicht für Gemeinsamkeiten, aber für ein abhän-

giges Russland. Ähnliche Ansichten werden in einem Parteiflügel von »Einiges Russland«, dem *Zentr sozialno-konservativnoj politiki* (Zentrum für sozial-konservative Politik) und dem halboffiziellen Onlinejournal *Rossijskaja nazija* vertreten. Auch ihnen geht es um die Konstruktion einer postsowjetischen, das Land verbindenden Idee oder Identität.

Fazit

Trotz des zweifellos großen Einflusses, den sowohl die extreme wie die systemkonforme Rechte in Russland mittlerweile besitzt, kann nicht von einer Beeinflussung der offiziellen Ideologie bzw. des offiziellen Identitätsangebots durch sie ausgegangen werden. Eine andere und hier nicht behandelte Frage ist, wie das offizielle Russland auf die Herausforderung durch Rechtsextreme in der Praxis reagiert.

Tatsächlich aber zeigen sich große Unterschiede zwischen der Rechten und dem offiziellen Russland im Hinblick auf die Frage nach einer eigenständigen Zivilisation, der Zugehörigkeit zu Europa, dem Verhältnis von Russen zu Russländern und der Wiederherstellung des Imperiums. Auch darf die Forderung nach einer Sou-

veränen Demokratie (unabhängig von den existierenden demokratischen Defiziten) nicht als Ablehnung von Demokratie oder gar als eine neuerliche bzw. traditionelle Aggressivität verstanden werden. Russland will nur nicht mehr als Vasall des Westens, sondern als souveräner Partner angesehen werden.

Auch zwei weitere Gründe sprechen gegen einen »Rechtsruck« im offiziellen Russland und in »Einiges Russland«: Die Partei sieht sich als politische Zentrum des Landes. Damit kann sie nicht am Abdriften in ein nationalistisches rechtes Spektrum interessiert sein. Ein nationalistischer Flügel kann nicht zur Parteidoktrin erhoben werden, da im anderen Falle der Gesamtvertretungsanspruch für Russen wie Russländer verloren ginge und die Partei geschwächt werden würde. Zudem ist wohl erkannt worden, dass Nationalismus zwar Wählerstimmen bringt, in einem multiethnischen Staat wie der Russländischen Föderation aber schnell außer Kontrolle geraten und die fragile Stabilität zerstören kann. Russischer Nationalismus würde sich als »Treppenwitz der Geschichte« entpuppen, wenn es durch ihn zu Unruhen, Abspaltungen und einer Schwächung des Landes kommen würde.

Über den Autor

Jan Brüning hat in Bremen das Studium der »Kulturgeschichte Osteuropas« abgeschlossen. Seine Magisterarbeit befasst sich mit der Entwicklung der russischen Rechten und ihrem ideologischen Einfluss auf »Einiges Russland«.

Lesetipps

- Mark Bassin: The Emergence of Ethno-Geopolitics in Post-Soviet Russia, in: Eurasian Geography and Economics, 50.2009, Nr. 2, S. 131–149.
- Alexander Lukin: Russia's New Authoritarianism and the Post-Soviet Political Ideal, in: Post-Soviet Affairs, 25.2009, Nr. 1, S. 66–92.
- Hyung-min Joo: The Soviet origin of Russian chauvinism: Voices from below, in: Communist and Post-Communist Studies, 41.2008, Nr. 2, S. 217–242.
- Mihai Varga: How Political Opportunities Strengthen the Far Right: Understanding the Rise in Far-Right Militancy in Russia, in: Europe-Asia Studies, 60.2008, Nr. 4, S. 561–579.